des Versailler Vertrags zu tragen hat, die aber zugleich der Hauptträger der Deutscherhaltung des Saargebiets ist, erhebt schärfsten Einspruch dagegen, daß ihre Forderungen nach dieser Richtung viel zuwenig berücksichtigt werden. Sie verlangt weitestgehende Förderung aller Bestrebungen auf Angleichung der Saarverhältnisse an die des Reiches und zweckentsprechender Maßnahmen in den angrenzenden Gebieten.

Auch hierfür zur Illustration ein Beispiel! Während Frankreich die das Saargebiet im Westen und Südwesten flankierenden Kohlenbergwerke Lothringens in jeder Weise fördert, verkehrspolitisch durch eine besondere Tarifpolitik und durch Kanalbauten, produktionswirtschaftlich durch eine eigne Koksgewinnung und Brikettherzeugung nebst Gewinnung neuen Fettkohlengebietes sowie durch alle möglichen Unterstützungsmaßnahmen für den Absatz, so daß der Kohlenbergbau in Lothringen seit Kriegsanfang um rund 60 Prozent gesteigert wurde, und zwar bei dauernd zunehmender Arbeitnehmerschaft, stellen wir an der Saar einen dauernden Rückgang der Belegschaft fest bei einem gleichzeitigen Rückgang der Förderung, die heute nicht einmal mehr die Friedensförderung erreicht, obgleich die Tagesleistung der saarländischen Bergarbeiter den Friedensstand bereits überschritten hat und 1929 eine weitere Steigerung erfuhr. Man darf sagen, daß der Saarbergbau, die Grundlage für die Existenz der deutschen Saarwirtschaft, sich in einer absteigenden Linie befindet, die charakterisiert wird durch einen starken Arbeitnehmerabbau, durch eine sehr bedenkliche Verschiebung der Absatzmärkte und durch einen sehr fühlbaren Mangel an Kokskohle für die bodenständige saarländische Industrie.

Wenn man gegenüber diesem Vergleich fragt, was seitens der Reichs- und Länderstellen geschehen ist, um dem Saarbergbau zu helfen, so muß, abgesehen von den dankenswerten Bemühungen einzelner Ministerialstellen, man leider feststellen, daß das meiste versäumt worden ist, daß die sehr dankenswerte Förderung, die einzelne Ministerien und Ministerialstellen der Saar in ihren Bestrebungen haben angedeihen lassen, leider nicht die Unterstützung andrer maßgebenden Stellen gefunden hat. Ich brauche nur an unsre Elektro- und Gasfernversorgung zu erinnern.

Ich darf im Anschluß hieran den Dank der saarländischen Genossen sowohl an die deutsche Partei wie an die Genossen in der Reichsregierung und in der preußischen Regierung sowie an die Reichs- und an die Landtagsfraktion aussprechen. Viel häufiger, als es uns selber lieb ist, haben wir infolge der besondern Lage der Saarwirtschaft die Hilfe der deutschen Partei, unsrer Minister und unsrer Fraktion in Anspruch nehmen müssen. Ich darf mit Freude und Genugtuung seitens der saarländischen Bevölkerung feststellen, daß wir niemals an verschlossene Türen geklopft haben, daß wir offne Ohren für unsre Wünsche fanden. Ich darf unsern Dank auch an unsre ausländischen Genossen zum Ausdruck bringen, die uns im Völkerbund mit ihrer Tätigkeit unterstützt haben. Dieser Dank gilt vor allem unsern französischen, belgischen und schwedischen Genossen.

Erhalten Sie dem Saargebiet diese Bereitwilligkeit zur Unterstützung. Dann darf ich ruhig erklären: wenn wir für die baldige Rückgliederung des Saargebiets keine andre Garantie hätten, als die uns weiterhin zugesagte Unterstützung der deutschen und der internationalen Sozialdemokratie, so würde das genügen, um in uns die feste Ueberzeugung wachzuhalten, daß bald der Tag kommen muß, an dem die letzten Schranken, die die Wiedervereinigung des Saargebiets mit Deutschland hindern, fallen, und an dem aus dem Saargebiet eine Brücke der Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich wird. (Lebhafter Beifall.)

Antrag 179 wird angenommen.

Die Internationale

Den Bericht über die Internationale erstattet Artur **Crispien**: Wenn wir uns jetzt der internationalen Politik zuwenden, so bedeutet das, daß wir uns von den täglichen Sorgen in den einzelnen Ländern dem weltpolitischen Geschehen zuwenden, durch das das Schicksal der Völker bestimmt wird. Was wir in allen Ländern beobachten können, wo die Arbeiterklasse eine Machtstellung errungen hat, gilt in wachsendem Maße auch für die Internationale. Auch sie muß immer häufiger zu konkreten Fragen Stellung nehmen, direkt in die praktische Politik eingreifen und durch eine Taktik, die geeignet ist, uns international vorwärtszubringen, versuchen, den Einfluß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale wachsend zu stärken.

Wenn wir die Grundlage für unsre Taktik würdigen und die Probleme besprechen wollen, mit denen wir uns beschäftigen mußten und noch müssen, so möchte ich zunächst die Tatsachen in unsre Erinnerung bringen, die für unser Wirken ausschlaggebend sind. So jene Feststellung, daß nach dem Kriege das wirtschaftliche Schwergewicht der Weltwirtschaft von Europa nach Amerika verschoben worden ist. Ich will dafür aus dem sehr wichtigen Material, das in den Protokollen und Berichten unsrer Internationale niedergelegt ist, nur wenige Dinge anführen.

Amerika hat eine Bevölkerung von 120 Millionen oder 6 Prozent der Weltbevölkerung. Diese 6 Prozent der Weltbevölkerung verfügen aber durch ihren Staat über 40 Prozent des Weltreichtums. Das Nationalvermögen der Vereinigten Staaten hat sich im letzten Jahrzehnt verdoppelt, der Außenhandel verdreifacht. Vor dem Krieg waren die Vereinigten Staaten Schuldner. Heute sind sie an jedem wichtigsten Industriezweig in jedem Lande beteiligt. Die Vereinigten Staaten kontrollieren zwei Fünftel der Mineralschätze der Erde. Sie sind der Bankier der Welt geworden, denn sie haben 15 Billionen Dollar an das Ausland verliehen und 40 Staaten sind Schuldner der Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Diese ungeheure wirtschaftliche Macht des amerikanischen Groß- und Finanzkapitals sieht im Lande eine schwache Arbeiterbewegung. Wo die Sozialistische Arbeiter-Internationale ihre starken Organisationen besitzt, vor allen Dingen in den europäischen Staaten, ist der Kapitalismus nicht in dem Maße auf dem Weltmarkt wieder zur Macht gelangt, wie das von den Vereinigten Staaten festgestellt werden muß.

Wir kennen die Situation im eignen Lande. Wir wissen auch, welche Schwierigkeiten Frankreich, Belgien und die übrigen Staaten haben. Ich möchte dafür einige Zahlen von Großbritannien anführen.

Großbritannien, das mit zu den sogenannten Siegerstaaten gehört, hatte nach dem Krieg nur einen kurzen Aufschwung von etwa 2 Jahren. Seit 1921 hat es eine dauernde wirtschaftliche Depression, abgesehen von geringen Schwankungen. Die Ursache liegt vor allen Dingen im Rückgang des Exports. Vor dem Krieg hat Großbritannien 30 Prozent seiner Industrieprodukte ausgeführt, heute nur noch 25 Prozent. Dabei ist zu beachten, daß der Weltexport zurückgegangen ist, wodurch der Rückgang der Exportindustrie Großbritanniens noch stärker in die Erscheinung tritt. Wir haben in Großbritannien eine Zunahme der Beschäftigten von 18,7 auf 20,3 Millionen, aber auch dauernd ein Heer von Arbeitslosen, das 1¼ Millionen beträgt. Diese Zahl ist vor dem Krieg in England nie erreicht worden. Die höchste längere Arbeitslosigkeit brachte eine Zahl von 250 000, 300 000 Arbeitslosen; nur ganz selten erreichte diese Ziffer 1 Million. England leidet unter der Deflation, unter der gesunkenen Kaufkraft, unter dem Abbruch der Beziehungen zu Rußland, unter der konservativen Regierung, unter dem Rückgang des Welthandels infolge der Kriegs-

wirkungen, unter Valutaschwankungen, auch unter der Reparationspolitik, unter den künstlichen Handelsbeschränkungen und der Aufrichtung neuer Zollgrenzen.

Wir sehen also bei einer kurzen Prüfung des Tatbestandes, daß der Kapitalismus in den Vereinigten Staaten überaus mächtig ist, daß dort aber die Arbeiterbewegung schwach ist, daß in den europäischen Staaten überall eine wirtschaftliche Depression vorzufinden ist, und daß diese Staaten die starken Arbeiterorganisationen haben. Das muß sich natürlich auf das Maß der praktischen Wirkungsmöglichkeiten der Sozialistischen Arbeiter-Internationale auswirken.

Neben diesen wirtschaftlichen Dingen haben wir eine Fülle von Schwierigkeiten, die sich in der internationalen Politik für die Arbeiterbewegung recht unerfreulich bemerkbar machen. Ich erinnere an die Zerreißung der internationalen Staatenordnung, an die sogenannten Friedensverträge, die Unmögliches den verschiedenen Ländern fordern, an die neuen Staatenbildungen, an die Grenzziehungen, an die neuen Staatengruppierungen, an die Konflikte und Bündnisse, die wir überall vorfinden. Daß diese Dinge starke Hindernisse für die Entfaltung der internationalen proletarischen Politik bedeuten, leuchtet ohne weiteres ein.

Dazu kommt, daß wir Revolutionen und Konterrevolutionen erlebt haben, daß Klassen untergegangen und neue entstanden sind, daß in vielen Ländern eine massenhafte Enteignung durch die Inflation stattgefunden hat und daß Millionen von neuen Schichten in die Politik gestoßen sind, die bis heute eine klare Orientierung noch nicht finden und darum auch nicht zur Stärkung der internationalen Arbeiterpolitik beitragen konnten.

Der Kapitalismus ist angriffslustiger geworden. Er hat sich wirtschaftlich, im ganzen gesehen, nach der Stabilisierung der Währung erholt, die ihren Abschluß in der Frankenstabilisierung in Frankreich fand, so daß die Arbeiterklasse auf weiten Strecken ihres Betätigungsfeldes in die Defensive gedrängt worden ist. Wir dürfen aber auch nicht übersehen, daß die Arbeiterklasse trotz alledem über ihren politischen Stand von 1914 weit hinausgedrungen ist. Wir haben Republiken, Demokratien geschaffen. Wir haben in wichtigen Ländern die Frauen als aktive Mitkämpferinnen in die Politik bringen können und ebenso die Jugendlichen. Wir haben starke soziale Errungenschaften, allein in 17 Staaten die Erwerbslosenfürsorge. Das bedeutet doch einen gewaltigen Vormarsch, wenn wir den Stand der Arbeiterbewegung mit den Jahren bis 1914 vergleichen. Wir sind der Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse in einer Reihe von Staaten doch erheblich nähergekommen.

Die angeführten Tatsachen müssen wir berücksichtigen, wenn wir der Taktik unsrer Internationale gerecht werden wollen, wenn wir ihre praktische Arbeit richtig würdigen wollen.

Die bolschewistische Bewegung betreibt nach wie vor eine Taktik, als stünden wir mitten in den revolutionären Ereignissen von 1918 und 1919 oder als könnten wir solche Ereignisse herbeihexen. Die Bolschewisten haben auf ihren letzten Kongressen erneut erklärt, daß eine Periode neuer Kriege kommen müsse, die in eine Weltrevolution münde, daß Erhebungen und Aufstände durch Eingreifen in politische Aktionen andrer Organisationen provoziert werden müssen. Daraus erklärt sich, daß sie aus allen Aktionen der Gewerkschaften und der sozialistischen Parteien eine Weltrevolution machen möchten. Daß durch ihr Eingreifen überall dort, wo kein genügend starker Widerstand gegen diese wahnsinnige und verbrecherische Politik aufgerichtet werden kann, die Kampfhandlungen in schwere Niederlagen für die Arbeiterschaft verwandelt werden, mußten wir oft genug erleben.

Ich will nur auf zwei große Ereignisse hinweisen, um das zu beweisen. Ich erinnere an den Generalstreik in England von 1926. Die englischen Bergarbeiter erstrebten Reformen im Bergbauwesen. Damals fand der Bolschewismus in englischen Gewerkschaften keinen genügend starken Widerstand. Man

beachtete die von uns auf dem Kontinent gemachten Erfahrungen nicht genug. So wurde aus diesem Bergarbeiterstreik gegen den Willen der einsichtigen Sozialdemokraten und Gewerkschaftler ein Generalstreik und man verhinderte ein rechtzeitiges Abbrechen mit Teilerfolgen. Der Streik wurde bis zur Niederlage der englischen Arbeiterpartei weitergetrieben und indirekt eine Niederlage der internationalen Arbeiterbewegung. Die englische Arbeiterbewegung war so geschwächt, daß sie unsre Internationale um finanzielle Schonung ersuchen mußte, weil sie außerstande war, ihre volle Kraft dem englischen Kapital nach einer so schweren Niederlage wieder entgegenzuwerfen. Sie hat Jahre gebraucht, sich zu erholen. Ganz sind die verhängnisvollen Wirkungen noch nicht überwunden.

Das zweite große Ereignis hat sich in China abgespielt. Es handelt sich dort um eine Revolution der neuen bürgerlichen Klasse, wie wir sie in England, Frankreich und zuletzt in Deutschland gehabt haben. Es muß die Aufgabe des Proletariats in Ländern wie China sein, diese Revolution der nationalen Befreiung und Selbständigkeit Schulter an Schulter mit dem neuen Bürgertum durchzufechten, weil nur dadurch die Vorbedingungen für eine selbständige sozialistische und gewerkschaftliche Bewegung geschaffen werden können. Die Bolschewisten haben sich in diese Dinge eingemischt, nachdem ihr Versuch, aus dem englischen Bergarbeiterstreik eine Revolution in Großbritannien zu machen, gescheitert war. Die Bolschewisten versuchten, Großbritannien von China her zu stürzen. Das Ende ist uns bekannt: Blutbäder in Schanghai, Nanking, eine schwere Niederlage des Proletariats in China, ein Hemmen der dort großzügig begonnenen Bewegung und ein schwerer Schlag wiederum für die gesamte internationale proletarische Bewegung.

Die Sozialistische Arbeiter-Internationale hat eine derartige Taktik in jedem Stadium abgelehnt. Sie will nicht, daß die Kräfte des Proletariats überschätzt und aufgeopfert werden und daß dann mit dem Aufbau der Arbeiterbewegung von vorn angefangen werden muß. Sie will ihre Kraft nur dort einsetzen, wo dies mit Erfolg geschehen kann.

Aber auch das Gegenteil von dem muß verhütet werden, was die Bolschewisten tun. Wir dürfen keine Taktik betreiben, die sich nur damit beschäftigt, Teilerfolge zu erringen und Einzelfragen zu lösen. Wir dürfen nicht resignieren. Wir dürfen nicht vergessen, daß wir darüber hinaus immer die Macht erobern wollen.

Die gewaltige wirtschaftliche Revolution, in der wir mitten drin stehen, ist von großer Bedeutung für die Entfaltung unsrer Bewegung und die Erfüllung unsrer Aufgaben. Diese Revolution ist nicht nur von den Theoretikern der sozialistischen Bewegung erkannt und anerkannt worden, sie wird mehr und mehr auch von den bürgerlichen Oekonomen bemerkt. Wir können unsre Ansichten darüber in den wertvollen Büchern der Arbeiter-Internationale nachlesen, besonders in den beiden Bänden über den Brüsseler Kongreß. Ich will die Urteile unsrer Theoretiker über die wirtschaftliche Revolution durch ein paar Bemerkungen bürgerlicher Wissenschaftler unterstreichen. Professor Dr. Kurt Singer hat im Hamburger Wirtschaftsdienst im Anfang dieses Jahres in einem Artikel erklärt: „Seit einem halben Menschenalter wird das äußere Leben dieses Erdteils durch Bewegungen erschüttert, die an blinder Wucht geologischen Vorgängen gleichen". Ein Urteil des bekannten Herrn Josef Schumpeter lautet: „Der Kapitalismus ist in einem so offenkundigen Prozeß der Umbildung in etwas andres begriffen, daß nicht diese Tatsache selbst, sondern nur die Deutung dieser Tatsache Gegenstand einer Meinungsverschiedenheit sein kann". Es sei eine Sache des Geschmacks und der Terminologie, ob man das Neuer Sozialismus nennen wolle oder nicht. Dann erinnere ich an das Referat von Professor Sombart, im Verein für Sozialpolitik, im September 1928 in Zürich: Er führte sinngemäß aus: Wir beobachteten eine vollkommene Abkehr

von den Ideen des ursprünglichen Kapitalismus. Der freie Wettkampf wird preisgegeben. Organisationen treten an seine Stelle, die so fest gefügt sind, daß eine neue Feudalität entstanden ist. Es ist eine Umwandlung der Geistesart der Unternehmer zu verzeichnen. Die spekulative Tendenz tritt zurück hinter der rechnerischen Tendenz und das persönliche Gewinnstreben tritt zurück hinter der Sorge für die Erstarkung des Wirtschaftsbildes. Das ist, nebenbei bemerkt, eine glänzende Widerlegung der uns bekannten Behauptung der Bourgeoisie, im Sozialismus, in einer vergesellschafteten Wirtschaftsweise würde jeder Antrieb des einzelnen unmöglich geworden sein, die Wirtschaft würde gelähmt mangels irgendeiner vorhandenen Tatkraft; denn wenn nicht der Ansporn vorhanden ist, persönliche Vorteile zu erringen, fehlt die Haupttriebkraft der wirtschaftlichen Entwicklung. Wir sehen, daß der Kapitalismus selbst hier eine neue Ideologie begründet, daß das persönliche Gewinnstreben auch schon im Kapitalismus durch die Sorge für die Erstarkung des Wirtschaftsgebildes, also einer Organisation, einer Einrichtung, die in den menschlichen Arbeitsprozeß eingefügt ist, ersetzt wird.

Wie die Bürgerlichen die neuen Erscheinungen sehen, dafür noch folgendes: Sombart meint, es sei eine Fülle von Bindungen vorhanden, eine Selbstbindung der Unternehmer durch Organisationen, eine staatliche durch Einwirkungen auf das Arbeitsverhältnis, auf die Preisbildung, den Standort. Es vollziehe sich auch eine Wandlung des Lohnarbeiters, der eine Art von Beamter werde, dem ein gesichertes Mindesteinkommen garantiert wird, eine geregelte Arbeitszeit, ein Pensionsanspruch, Schutz vor der Erwerbslosigkeit und ihren Folgen. Er sagt, daß diese Dinge den Charakter der Arbeiter vollkommen ändern müssen, wie auch die Geistesart der Unternehmer geändert werde.

Das alles dürfen wir bei unsrer Politik nicht außer acht lassen, weil wir ja dadurch in unsrer Gewißheit bestärkt werden, daß wir gegenwärtig eine bestimmte Epoche der Konzessionen und Koalitionen durchmachen müssen, daß sich aber schon in dieser Epoche eine gewaltige Wirtschaftsrevolution vollzieht, die, wenn sie eine bestimmte Stufe der Entwicklung erreicht hat und wenn dazu der Wille des Proletariats kommt, der von uns ja bewußt darauf hingelenkt wird, auch sozial und politisch neue Revolutionen auslösen muß.

Die Industrialisierung der Agrarländer, jene Erscheinungen, die wir in den alten Kolonialgebieten beobachten können, müssen ebenfalls revolutionierend wirken.

Der Kongreß von Brüssel hat zu den wirtschaftlichen Problemen Stellung genommen, hat uns bestimmte Aufgaben zugeteilt, die wir im Lande selbst zu erfüllen haben, und er hat uns auch internationale Aufgaben zugewiesen.

Wir haben uns in Brüssel auch mit dem großen Problem der Umwälzungen in den Kolonialgebieten befaßt. Wir haben schon bei einem frühern Punkt unsrer Tagesordnung einiges über Kolonialpolitik gehört, und wir können nicht deutlich und eindringlich genug alle jene Schichten, die nicht unterrichtet sind, davor warnen, sich irgendwelchen neuen Illusionen in bezug auf die Kolonialpolitik hinzugeben. Wir haben 30 Jahre deutsche Kolonialpolitik erlebt und müssen sagen, daß nicht irgendein Erfolg für Deutschland oder für seine Kolonien daraus entsprungen ist. Wir haben gehört, daß in unserm gesamten Kolonialland, das an Gebiet 5½mal so groß als Deutschland war, neben 13,7 Millionen Farbigen 20 000 Weiße lebten. Aber von diesen 20 000 Weißen waren 14 600 Soldaten und Polizeimannschaften, so daß in Wirklichkeit eine produktive Bevölkerung von Weißen nur von etwa 5400 übrig blieb. Als Siedlungsland kamen die Kolonien nicht in Betracht. Denn wir hatten vom 1. April 1913 1300 Farmen, die insgesamt 13 Millionen Hektar Land besaßen. Es würden in unsern gesamten Kolonien höchstens 5000 bis 6000 Farmer eine Existenz gefunden haben. Große Illusionisten meinten, es hätten 10- bis 12 000 werden

können. An Geld hat es ja nicht gefehlt. Wir haben in den letzten 8 Jahren über 1060 Millionen für die deutschen Kolonien aufwenden müssen.

Für die winzige wirtschaftliche Bedeutung unsrer Kolonien nur ein paar Beispiele. Die Weltproduktion an Baumwolle betrug 1908 19,5 Millionen Ballen. In unsern Kolonien wurden 2600 Ballen hergestellt. Das ist der 8000. Teil der Baumwollproduktion der Welt. Auch der Handel ist nie erheblich gewesen. Er betrug 1910 in der Ausfuhr aus unsern Kolonien 48,8 Millionen, in der Einfuhr 49,5 Millionen. Das sind der 153. und 180. Teil des Gesamthandels, den Deutschland betrieben hat. Wir haben mit einzelnen Kolonien Großbritanniens einen viel größern Handel getrieben. Allein mit Britisch-Indien haben wir viel mehr Handelsbeziehungen gehabt als mit unsern gesamten Kolonien. Auch die Diamantenhoffnungen mußten begraben werden. 1911 betrug der Gesamtertrag Deutschlands am Gewinn 10 Millionen.

Was wir vor allem nicht vergessen dürfen, ist die Tatsache, daß unsre Kolonialpolitik verheerend auf die eingeborne Bevölkerung gewirkt hat. Nicht nur in dem Herero- und Hottentottenkrieg im Jahre 1904, den Bebel einen Verzweiflungs- und Befreiungskampf nannte, sind unerhörte Opfer gefallen. Auch im Aufstand in Ostafrika 1905 sind ganze Stämme von Eingebornen fast vollkommen ausgerottet worden. Im Arbeitsprozeß wurde eine ungeheure Ausbeutung betrieben. Sklavenjagden wurden veranstaltet. Die Hausklaverei war vorhanden. Die Schinderei der Farbigen war stellenweise so groß, daß 50 bis 75 Prozent der schwarzen Proletarier in sechs Monaten starben. In Ostafrika, Wanjamwesiländer, ist in 20 Jahren die Bevölkerung von einer Million fast vollkommen ausgerottet worden. Selbst der bürgerliche Professor Westermann erklärte 1914: wir müssen die Forderung aufstellen, daß kein weißer Ansiedler mehr in unsre Kolonien geschickt wird, weil ein vollkommener Untergang der eingebornen Bevölkerung zu befürchten ist. Ich glaube, das genügt, um klar zu machen, daß die Kolonien kein Segen für die Eingebornen der Kolonien und auch nicht für uns waren.

Dazu kommt, daß heute ganz andre Verhältnisse vorliegen. Es ist auf dem Kongreß in Brüssel hervorgehoben worden, daß die Kolonialpolitik in eine dritte Epoche getreten ist. Die erste Epoche, 16. und 17. Jahrhundert, wurde eingeleitet durch den Handelskapitalismus, durch die Gründung von Aktiengesellschaften in England, Frankreich, Holland und Portugal. Diese Epoche bekam ihren Charakter durch die Sklavenarbeit, durch den Sklavenhandel. Es wurde berichtet, daß auf amerikanischen Plantagen ein Neger durchschnittlich nur 7 Jahre leben konnte, so stark war die Ausbeutung. Es kam dann die französische Revolution mit der Verkündung der Menschenrechte, und es begann auch in der Kolonialpolitik eine Wendung einzutreten. Die Sklaven wurden befreit. Es begann die Auswanderung der europäischen Arbeiter nach andern Erdteilen, die die Anfänge einer neuen Bevölkerung der englischen Dominions darstellten. Die dritte Epoche, die der Gegenwart, hat Chamberlain gekennzeichnet, indem er sagte, daß die Abhängigkeitsgebiete heute unentwickelte Staaten geworden sind. Wir wollen uns vollkommen klar sein, daß es mit der Kolonialpolitik nach dem Schema, wie sie von Deutschland vor dem Kriege betrieben werden konnte, vorbei ist. Der Weltkrieg hat revolutionierend gewirkt. Farbige Truppen haben auf europäischem Boden gegen die Weißen gekämpft und hier neue Einsichten gewonnen. Deshalb ist es eine Illusion, zu glauben, man würde noch einmal aktiv im alten Sinne in die Kolonialpolitik eingreifen können. Wir als Sozialdemokraten haben die Pflicht, uns auch in Deutschland gegen die etwaige Wiederaufnahme einer Kolonialpolitik zu wenden, entsprechend den Beschlüssen, die auf unsern internationalen Tagungen gefaßt sind.

In bezug auf die Mandatsgebiete gilt natürlich der Grundsatz, daß alle Staaten gleichberechtigt sein müssen. Man kann nicht Deutschland als einen

Staat hinstellen, der nicht imstande wäre, Mandate zu verwalten, wenn man diese Fähigkeit andern Staaten zubilligt. Aber praktisch fordert die Internationale nicht die Auslieferung von Mandaten an einzelne Staaten, sondern die Mandate sollen von der Mandatskommission des Völkerbundes verwaltet werden. Auch die Arbeiterparteien in Großbritannien und den übrigen Kolonialländern fordern das von ihren Regierungen.

Ferner haben wir zu berücksichtigen, daß wir erst in der letzten Zeit die Rolle der Bauern zu erkennen beginnen, die sie im proletarischen Befreiungskampf spielen. Wir sehen, welche Macht die Bauern in Sowjetrußland darstellen. Die Bauern stellen allein durch die Tatsache ihres Vorhandenseins und dadurch, daß sie die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung bilden, durch ihren stillen Widerstand eine Macht dar, vor der die bolschewistische Diktatur eine Kapitulation um die andre vollziehen muß. Ich erinnere auch an den letzten Wahlkampf in Dänemark. Dort hat die Sozialdemokratie ihre starken neuen Erfolge gerade aus Bauerngebieten geholt, indem sie imstande gewesen ist, den kleinen Bauern klarzumachen, daß die sozialistische Politik auch in ihrem Interesse liegt.

Wir haben jetzt in Deutschland auch ein Agrarprogramm, und wir werden eine Agrarkommission einsetzen, um die neuen Probleme, die hier an uns herantreten, zu lösen. Ohne die Bauern keine Befreiung des Proletariats. Das wird in Oesterreich, in Schweden, in Norwegen, in allen Ländern berücksichtigt, wo die Arbeiterklasse so stark geworden ist, daß sie neue Reserven heranholen muß, um gegen die Bourgeoisie die Entscheidung herbeiführen zu können, zugunsten der Arbeiterschaft in Stadt und Land.

Die Bauern bekommen auch eine ganz andre gesellschaftliche Einstellung. Die technische Entwicklung hebt die Vereinsamung der Dörfer auf. Radio, Film und Auto sind Mittel, die die Bauern der Kultur, dem Denken und Fühlen auch des Industrieproletariats viel rascher näherbringen, als wir jemals annehmen konnten.

Ueber die Fragen der Abrüstung und der Sicherungen des Friedens haben wir hier genug debattiert. Auch hier ist die Sozialistische Arbeiter-Internationale bemüht, eine stärkere Aktivität herbeizuführen. Diese Aktivität muß vor allem aus den Ländern kommen, die nicht wie Deutschland in hohem Maße abgerüstet sind, sondern in denen aufgerüstet wird. Ich erinnere an die Deputation, die wir an den Völkerbund geschickt hatten, und die dort im Namen der Oeffentlichkeit forderte, daß in der Abrüstung endlich positive Schritte getan werden. Wir wissen, was uns geantwortet wurde. Gewiß haben wir ein wachsendes Verlangen nach Frieden zu verzeichnen, aber wir dürfen nicht übersehen, daß in der öffentlichen Meinung auch noch starke kriegslüsterne Faktoren eine Rolle spielen. Ich erinnere an eine Tagung in Berlin, wo Frauen von einer bürgerlichen Weltverbesserungsbewegung versammelt waren, und wo es gerade Frauen waren, die am leidenschaftlichsten gegen den Pazifismus und für weitere kriegerische Auseinandersetzung aufgetreten sind. Wir haben unsre Forderungen im einzelnen formuliert. Ich begnüge mich mit dem Hinweis darauf.

Auch über das Reparationsproblem will ich mich nicht eingehend äußern, weil unsre Stellung bekannt ist, und weil wir wissen, daß neuerdings sich wieder eine Wandlung zum Bessern anbahnt. Es wird in dem Bericht unsrer Internationale festgestellt, welche Ursachen eine Wandlung der Reparationsfrage zum Bessern herbeigeführt haben. Daß das möglich gewesen ist, verdanken wir der Existenz der englischen Arbeiterregierung, die trotz ihres kurzen Wirkens einen Umschwung herbeiführen konnte, verdanken wir dem Wahlsieg der sozialistischen Partei in Frankreich und verdanken wir, wie im internationalen Bericht gesagt wird, dem tapfern Eintreten der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands für die Politik der Verständigung.

Wir werden auch nach dem Zustandekommen eines neuen Abkommens von Paris nicht erlahmen in unserm Kampf, die Reparationsfrage immer weiter zu verbessern.

Wir weisen in unsern internationalen Beschlüssen darauf hin, daß der Kampf um den Frieden sich nicht darauf beschränken darf, die Abrüstung herbeizuführen und durch Sicherheitsvereinbarungen kriegerische Gefahren zu bannen. Das Wirken der Sozialistischen Arbeiter-Internationale für einen engen wirtschaftlichen Zusammenschluß der Völker aller Länder ist die denkbar stärkste Arbeit für den Frieden. Der Warenaustausch muß von Land zu Land gehen können ohne Hindernisse, die Arbeitsbedingungen müssen einheitlich geregelt werden, es darf nicht rückständige Industriegebiete geben in den alten Kolonialstaaten, wo der Kapitalismus billige Arbeitskräfte heranholen kann. Wir müssen die internationalen Kartelle und Truste unter internationale Kontrolle bringen. Wir müssen für eine internationale Reglung der Verteilung der Rohstoffe und Nahrungsmittel sorgen. Wir müssen die internationale Weltwirtschaft auch durch unsern Vorstoß beschleunigen und verwirklichen helfen.

Ich bitte das alles nur als Hinweis zu betrachten für das Studium der wertvollen Schriften, die unsre Internationale herausgegeben hat. Unsre Protokolle sind Handbücher geworden, die wir nicht nur für die internationale Politik notwendig brauchen, sondern die wir auch für die Politik im eignen Land nicht entbehren können.

Seit unsern letzten internationalen Tagungen sind die sozialistischen Parteien in Jugoslawien und in Litauen unterdrückt worden. Wir richten von unserm Parteitag aus unsre Blicke auf unsre Genossen in den Ländern ohne Demokratie, und wir versichern ihnen unsre wärmste Solidarität. Wir werden, wo immer es uns möglich ist, bestrebt sein, ihren doppelt schweren Kampf gegen Diktatur und Terror zu unterstützen.

Der Brüsseler Kongreß hat einen allgemeinen Appell an die Arbeiter aller Länder gerichtet. Er hat sich an die amerikanischen Arbeiter gewandt. Das amerikanische Kapital ist dem Kapital in Europa zu Hilfe gekommen. Es hat durch Hergabe von Geld den Kapitalismus in Europa sich wieder erholen lassen. Aber wir entbehren der Hilfe der amerikanischen Proletarier. In Amerika ist eine schwache Arbeiterbewegung. Das stellen wir nicht fest als eine Anklage. Wir kennen sehr wohl die Gesetze der ökonomischen und der sozialen Entwicklung in den Vereinigten Staaten.

Aber jetzt ist die Zeit gekommen, wo das amerikanische Proletariat viel klarer und entschiedener als bisher an dem Kampf unsrer Internationale teilnehmen muß. Wir können uns nicht damit abfinden, daß mit Zustimmung weiter Kreise der amerikanischen Arbeiterschaft dort die Häfen abgesperrt werden vor dem Zustrom der arbeitslosen Massen, die dort eine Existenz suchen wollen. Wir weisen den amerikanischen Arbeiter darauf hin, daß auch er auf die Dauer seine Lebenshaltung nicht verteidigen kann, isoliert vom internationalen Proletariat. Wir fordern den amerikanischen Arbeiter auf, in einer Front mit den Proletariern aller Länder zu kämpfen.

Wir wenden uns auch an die Proletarier im Osten, in China, in den Kolonialgebieten und auch an die Proletarier in Rußland, daß sie in ihrem Kampf um die Demokratie in ihren Ländern nicht erlahmen dürfen. Wir weisen darauf hin, daß auch für Rußland gilt, was in den übrigen kapitalistischen Staaten gegolten hat, daß auch Rußland, das durch den kapitalistischen Prozeß durchgehen muß, erst dann einen wirksamen proletarischen Kampf erleben wird, wenn das Proletariat über politische Rechte verfügt.

Wir rufen endlich die Arbeiter in Europa auf, die Spaltung in ihren Reihen zu überwinden und die Versuche der Bolschewisten, die Spaltung zu vertiefen und zu verewigen, als eine verbrecherische Politik zurückzuweisen. Ich glaube, es ist weder in den einzelnen Ländern noch international eine andre Arbeiterpolitik denkbar als die, die von der Sozialdemokratie betrieben wird.

und es ist eine verhängnisvolle Zersplitterung der Kräfte, neben der starken und leistungsfähigen Bewegung der sozialistischen Internationale noch eine aufrechtzuerhalten, die sich bolschewistisch nennt und die den Arbeitern durch ihre Taktik keine Erfolge, sondern nur Niederlagen bringt.

Ich schließe meine Ausführungen, indem ich an die Worte in unserm Manifest erinnere: Die Spaltung des Proletariats schwächt seine Kraft. Einigung der Arbeiterklasse wäre der neue Antrieb, der ihren Kampf um Frieden und soziale Freiheit unwiderstehlich machen würde. Durch die Einigung zum Sieg über den Kapitalismus und Imperialismus, durch die Einigung der Arbeiter aller Länder zur Eroberung der Macht und damit zum Sozialismus! (Beifall.)

Vorsitzender **Wittmaack:** Es ist beantragt worden, das Referat des Genossen Crispien ohne Debatte entgegenzunehmen. Wünscht jemand dagegen zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Der Parteitag beschließt demgemäß.

Es folgt Punkt 6 der Tagesordnung:

Die Frau in Politik und Wirtschaft

Berichterstatterin Marie **Juchacz**, Berlin: Parteigenossen und Parteigenossinnen! Die Materie, die ich zu behandeln habe, ist sehr groß, und es ist kaum möglich, sie in so ganz kurzer Zeit zu bewältigen. Irgendwo habe ich in den letzten Tagen etwas gelesen, was ich in meinen Ausführungen voransetzen möchte:

„Wenn auch anzunehmen ist, alles sei bereits gesagt, so darf man doch keineswegs folgern, daß auch alles gehört und verstanden sei. Daher ist alles wieder von neuem zu sagen."

(Sehr richtig!) Ich glaube, daß das für die Frauenfrage besonders gilt. Wir haben zu prüfen: welche bewußte Einstellung hat die Frau ganz allgemein zur Politik, in welcher Art wird das politische Denken und Fühlen der Frauen von äußern Lebensumständen, d. h. von den allgemeinen geistigen Strömungen, von der sozialen Struktur und vor allem vom Wirtschaftsleben beeinflußt. Die Aufgabe, die ich heute vor Ihnen lösen soll, hat mich veranlaßt, längst Gesagtes wieder nachzulesen: den „Vorwärts" der frühern Zeit, die alten Bände der „Gleichheit", Bebels Buch „Die Frau und der Sozialismus", Lily Brauns „Frauenfrage". Vergleichen wir diese alte Literatur mit der neuen ernsthaften Buch- und Zeitschriftenliteratur, so kommt man immer wieder aufs neue zu der Erkenntnis, daß entscheidend in der Frauenfrage war und ist, die wirtschaftliche Lage der Frauen.

Jedes Urteil über den Umfang und die mehr oder weniger intensive Anteilnahme der Frauen am politischen Leben muß von der wirtschaftlichen Lage der Frauen, von ihrer Beteiligung am Wirtschaftsleben ausgehen. Verschafft man sich diesen Ueberblick nicht, so kommt man in der Frauenfrage zu Fehlschlüssen. Bebel hat gesagt:

„Alle soziale Abhängigkeit und Unterdrückung wurzelt in der ökonomischen Abhängigkeit des Unterdrückten vom Unterdrücker. In dieser Lage befindet sich von früher Zeit an die Frau. Das zeigt uns die Geschichte."

Um die Beteiligung der Frauen am Wirtschaftsleben zu überschauen, bietet uns heute die Statistik schon sehr gute Uebersichts- und Vergleichsmöglichkeiten. Am 1. Juni 1925 gab es im Deutschen Reich 11 477 000 erwerbstätige Frauen. Das ist im Verhältnis zu einem 62-Millionen-Volk sicherlich eine so große Zahl, daß sie unbedingt von uns beachtet werden muß, zumal wir ja eine dauernde Steigerung der Frauenerwerbsarbeit wahrnehmen können. Aber diese Zahl, die sich bis 1927 noch gesteigert hat, demonstriert schon allein die ungeheure volkswirtschaftliche Bedeutung, die die Frauenerwerbsarbeit in Deutschland hat.

Nun werfe ich die Frage auf: hat die Frauenarbeit ihre Bedeutung erst, seitdem sie Erwerbsarbeit ist? Wir mögen die alte und die neue Fachliteratur verfolgen, die die Gegner und die Freunde des Sozialismus herausgegeben haben, immer kommt man zu dem Schlusse: die Arbeit der Frau ist stets eine Notwendigkeit im Leben der Völker gewesen. Sie kann gar nicht entbehrt werden. Sie ist nur Umwandlungen unterworfen, die mit der Umwandlung der Wirtschaft Hand in Hand gehen. Die Frauenarbeit muß im Zeichen der Geldwirtschaft eine andre sein, als sie zur Zeit der Naturalwirtschaft gewesen ist; sie muß zur Zeit der Industrialisierung anders sein, als zur Zeit des Handwerks. Wir haben es hier mit einem volkswirtschaftlichen und soziologischen Problem zu tun, mit dem wir noch lange nicht fertig sind. Lily Braun hat geschrieben:

„Die Arbeit die Befreierin des Weibes? Welcher Mensch, der heute die Arbeit der Proletarierin betrachtet, sieht nicht vielmehr in ihr eine Sklavenkette, schwerer, einschneidender als die irgendeines Galeerensträflings?"

Es sind die Arbeitsbedingungen, die sie dazu gestalten, die Arbeitsbedingungen, die der Kapitalismus diktiert, die den tiefen Riß in das Frauenleben hineingebracht haben, den Konflikt zwischen Beruf und Mutterschaft. Die Frauenberufsfrage war überhaupt die treibende Kraft der Frauenbewegung, und sie ist es auch heute noch in starkem Maße. Sie ist von den Berufsinteressen in weitestem Sinne beeinflußt, nicht nur vom Standpunkt der Existenz aus. Sie ist auch ein Stück Lebensinhalt und Lebenserfüllung für die Frau von heute geworden. Ein Beispiel! Bei der Gründung des Bundes deutscher Frauenvereine traten unter Führung von Luise Otto Peters 34 Frauenvereine zusammen, die sich in der Hauptsache mit Berufsinteressen beschäftigten. Heute sind es 77 mit mehr als 1 Million Mitgliedern und mit einem Nebeneinander von Berufsverbänden und solchen mit besondern Spezialaufgaben. Wir sehen also, daß die sozialdemokratische Frauenbewegung nicht etwa allein eine Bewegung der Frauen darstellt. Diese Million Frauen, deren Lebensinteressen mit ihren Berufsinteressen auf das allerengste verbunden sind, macht sich im öffentlichen Leben wohl bemerkbar. Außerdem ist der Katholische Frauenbund mit 250 000 Mitgliedern vorhanden, ferner der Evangelische Frauenbund mit 200 000 Mitgliedern.

Aber kommen wir zu der Frage der Erwerbstätigkeit! Die Zählung von 1925 hat eine Dreiteilung des Systems getroffen. Sie unterscheidet in Erwerbstätige, in Ehefrauen ohne Hauptberuf und in Angehörige. Die Zählung ist gegenüber denen früherer Zeiten dadurch spezialisierter geworden. Sie erfaßt nicht nur die erwerbstätigen Frauen schlechthin, sondern sie erfaßt zum erstenmal in Deutschland auch d i e Frauen, die ihren Hauptberuf in der Hauswirtschaft sehen oder sehen müssen, also im eignen Haushalt. Wir haben 1882, 1895, 1907 und 1925 je eine Berufszählung gehabt. Wenn wir diese Berufszählungen vergleichen, können wir ein dauerndes Anwachsen der Industrialisierung Deutschlands feststellen, ferner eine Zunahme der Erwerbstätigen absolut und relativ, also eine stärkere Verproletarisierung des deutschen Volkes. Wir können weiter eine im Verhältnis zur Zunahme der erwerbstätigen Männer noch größere Zunahme der erwerbstätigen Frauen feststellen. Schon von 1895 bis 1907 hatte sich fast eine Verdopplung der Erwerbsarbeit der v e r h e i r a t e t e n Frauen, der Witwen und geschiedenen Frauen ergeben. Etwas andres ist bei der Berufs- und Volkszählung von 1907 noch festgestellt worden, nämlich zum erstenmal eine bedeutende Abnahme des Frauenüberschusses in Deutschland um rund 154 000 Frauen; die noch vorhandenen überzähligen Frauen konzentrierten sich auf die ältern Jahresklassen. Das ist eine Tatsache, die für das soziale Frauenleben von absoluter Bedeutung ist. Diese Abnahme des Frauenüberschusses war in starkem Maße der Verminderung der männlichen Auswandrung zu danken, und die Verminderung der männlichen Auswandrung